Antrag

der Abg. Sandra Boser u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Pädagogische Qualität der Ganztagschule stärken

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche bildungspolitischen Ziele sie mit der gesetzlichen Verankerung der Ganztagschule verbindet;
2. welche Bedeutung sie der qualitativen Weiterentwicklung und dem quantitativen Ausbau der Ganztagschule nach § 4 a des Schulgesetzes beimisst;
3. ob sie der Aussage zustimmt, dass es sich bei der Ganztagschule nach § 4 a des Schulgesetzes um ein qualifiziertes Bildungsangebot handelt und nicht um ein Betreuungsangebot;
4. welche konkreten Maßnahmen die Landesregierung ergreifen will, um die Qualität der Ganztagschulen zu verbessern und eine stärker abgestimmte Rhythmisierung des Ganztags zu erreichen;
5. ob ihr die Bertelsmann-Studie zur Ganztagschule bekannt ist und welche Ziele darin die Eltern mit der Ganztagschule verbinden und ob sichergestellt ist, dass diese Erwartungen erfüllt werden;
6. wie sie die pädagogische Qualität der kommunalen Betreuungsangebote im Vergleich mit der Ganztagschule nach § 4 a des Schulgesetzes bewertet;
7. wie sie die im Koalitionsvertrag vereinbarte Bezuschussung von Neuangeboten bei der Betreuung umsetzen will, auch im Hinblick auf die Qualität der bezuschussten Neuangebote;

8. welche Maßnahmen geplant sind, um eine stärkere Einbindung von außerschulischen Partnern bei der Gestaltung des Schulalltags einer rhythmisierten Ganztagschule zu ermöglichen und wie sichergestellt wird, dass die dort eingesetzten Personen für die pädagogische Arbeit an Schulen geeignet sind.

26. 09. 2017

Boser, Häffner, Lösch, Zimmer, Bogner-Uden GRÜNE

Begründung

Die gesetzliche Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz ist ein wichtiger bildungspolitischer Meilenstein. Sie ist ein wichtiger Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hiervon profitieren Kinder, Eltern und Familien zugleich. Durch das rhythmisierte Ganztagsangebot werden für die Schülerinnen und Schüler bessere Lernvoraussetzungen geschaffen, um sie individuell zu fördern.

Ein überzeugendes pädagogisches Konzept der Schule ist grundlegende Voraussetzung für eine hohe Akzeptanz der Eltern für den Ganztag. Dies bestätigt auch eine kürzlich veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung. Laut der bundesweiten Studie sind Eltern von Ganztagschülerinnen und Ganztagschülern mit den Schulen ihrer Kinder zufriedener als Eltern von Kindern, die eine Halbtagschule besuchen. Demnach bewerten zwei Drittel der befragten Ganztagseltern die Angebote zur individuellen Förderung ihrer Kinder positiv.

Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, die pädagogische Qualität der Ganztagschulen qualitativ zu stärken und quantitativ auszubauen. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen, die unsere Schulen bei der Umsetzung unterstützen und für die Schülerinnen und Schülern einen pädagogischen Mehrwert darstellen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 23. Oktober 2017 Nr. 33-6503.19/38/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. welche bildungspolitischen Ziele sie mit der gesetzlichen Verankerung der Ganztagschule verbindet;*

Die Weiterentwicklung der Ganztagschule ist ein zentrales Anliegen in der gemeinsamen Koalitionsvereinbarung der Parteien von Bündnis90/Die Grünen und CDU.

Für die Landesregierung ergibt sich daraus der Auftrag, die Ganztagschulen in Baden-Württemberg auch weiterhin qualitativ, quantitativ und bedarfsgerecht auszubauen.

Ganztagschulen ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und tragen zugleich wesentlich zur Bildungsgerechtigkeit bei. Dem Aspekt der Qualität soll besonders in der rhythmisierten Ganztagschule Rechnung getragen werden, die auf Grundlage eines pädagogischen Konzeptes eingerichtet wird, über den Tag und die gesamte Woche hinweg rhythmisiert ist und vertiefende Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Daneben ist weiterhin ein erheblicher Bedarf an Betreuungsangeboten an den Schulen zu konstatieren.

2. welche Bedeutung sie der qualitativen Weiterentwicklung und dem quantitativen Ausbau der Ganztagschule nach § 4 a des Schulgesetzes beimisst;

Der qualitativen Weiterentwicklung und dem quantitativen Ausbau der Ganztagschule wird eine hohe Bedeutung beigemessen. Beide sind zentrale Anliegen der Landesregierung. Dabei soll dem Anspruch Rechnung getragen werden, dass die Schülerinnen und Schüler von dem Ganztagsangebot für ihr Lernen und ihre Entwicklung profitieren und sich zugleich die Eltern auf die Qualität verlassen können.

Die Landesregierung ging bei der Einführung der Ganztagschule nach § 4 a SchG im Jahr 2014 davon aus, dass sich bis 2023 rund 70 Prozent der Grundschulen und der Grundstufen der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren zur Ganztagschule nach § 4 a SchG weiterentwickeln würden. Vorgesehen war ein schrittweiser Ausbau. Die jährlichen Zahlen an beantragten und bewilligten Neueinrichtungen bleiben allerdings weit hinter diesen Erwartungen zurück.

Im zurückliegenden Schuljahr 2016/2017 wurde laut amtlicher Schulstatistik an 680 Grundschulen in Baden-Württemberg (von 2.367 Grundschulen insgesamt) ein Ganztagsschulangebot vorgehalten; also an knapp 29 Prozent aller Grundschulen. Darunter fallen auch die insgesamt 345 öffentlichen Grundschulen, die als Ganztagschule nach § 4 a SchG geführt werden. Das entspricht einem Anteil von 14,6 Prozent aller öffentlichen Grundschulen im Land und liegt weit unter dem Planungsansatz aus dem Jahr 2014.

Im Weiteren waren im Schuljahr 2016/2017 auch an 31 Grundstufen von Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) mit Förderschwerpunkt Lernen Ganztagschulen nach § 4 a SchG eingerichtet. Diese Schulen werden statistisch bei den SBBZ erfasst und zählen daher nicht bei den Grundschulen mit. Insgesamt gab es im Schuljahr 2016/2017 in Baden-Württemberg 376 öffentliche Ganztagschulen (Primarschulen) nach § 4 a SchG. Zum Schuljahr 2017/2018 wurde der Ganztagsbetrieb nach § 4 a SchG an 57 weiteren Schulen genehmigt, darunter 52 Grundschulen und 5 Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren.

Von allen eingerichteten Grundschulen nach § 4 a SchG (inkl. der neuen Standorte zum aktuellen Schuljahr 2017/2018) haben sich insgesamt nur 8,3 Prozent für einen Ganztagsbetrieb ausschließlich in der verbindlichen Form entschieden. Die große Mehrheit – knapp 92 Prozent der Grundschulen – führen die Ganztagschule in Wahlform. Dies bestätigt die Annahme, dass die für die Ganztagschulen nach § 4 a SchG notwendige Verbindlichkeit nicht die bei der Aufnahme ins Schulgesetz angenommene Akzeptanz bei den Eltern finden konnte. So wurde auf den beiden Ganztagsgipfeln auch nicht von „Ganztag oder Betreuung“, sondern vielmehr von „Ganztag und Betreuung“ gesprochen. Es wurde deutlich, dass Eltern, Kommunen und andere am Schulleben Betroffene Wahlmöglichkeiten zwischen rhythmisiertem Ganztag und Betreuung favorisieren.

Daneben gilt es, Rahmenbedingungen zu vereinfachen, damit die Ganztagschulen nach § 4 a SchG für die Grundschulen organisierbarer werden. Das betrifft Ressourcen, Zuständigkeiten und Abläufe.

3. ob sie der Aussage zustimmt, dass es sich bei der Ganztagschule nach § 4 a des Schulgesetzes um ein qualifiziertes Bildungsangebot handelt und nicht um ein Betreuungsangebot;

Die Ganztagschule nach § 4 a Schulgesetz bietet sowohl in der Wahlform als auch in der verbindlichen Form für alle angemeldeten Schülerinnen und Schüler einen festen zeitlichen Rahmen mit ganzheitlichen Angeboten, die dem Lernen, dem Vorkommen und der Persönlichkeitsentwicklung dienen. Sie bietet ein schlüssiges Konzept über den gesamten Tag und legt ein erweitertes Bildungsverständnis zugrunde, in dem Bildung, Erziehung und Betreuung als ein zusammenhängender Auftrag wahrgenommen werden. Sie erfüllt damit die Voraussetzungen für ein qualifiziertes Bildungsangebot.

4. welche konkreten Maßnahmen die Landesregierung ergreifen will, um die Qualität der Ganztagschulen zu verbessern und eine stärker abgestimmte Rhythmisierung des Ganztags zu erreichen;

An bewährten Rahmenbedingungen für die bisherigen Ganztagschulen nach § 4 a Schulgesetz soll festgehalten werden. Die „rhythmiserte Ganztagschule“ soll entsprechend der bisherigen schulgesetzlichen Grundlage an 3 oder 4 Tagen à 7 oder 8 Zeitstunden angeboten werden. Eine Ganztagschule soll dabei natürlich auch weiterhin nur eingerichtet werden können, wenn ein gutes und stimmiges pädagogisches Konzept vorliegt. Dieses soll künftig an eigens dafür entwickelte Qualitätskriterien geknüpft werden. Ein wesentlicher Punkt im pädagogischen Konzept soll die Rhythmisierung bleiben, die den Tag in der Schule in unterschiedliche Phasen gliedert und über Phasen der Anspannung und der Entspannung ein Gesamtkonzept bietet. Darauf soll ein stärkeres Augenmerk gerichtet werden.

Bei den Ganztagsangeboten eröffnen sich über die erweiterte Lernzeit viele Möglichkeiten der individuellen Förderung in einer breiten Spannweite. Von diesen können Schülerinnen und Schüler, die sich mit dem Lernen schwer tun, durch zusätzliche Angebote und Unterstützung profitieren. Die Qualität einer Ganztagschule ist zugleich auch dadurch gekennzeichnet, dass sie Angebote im Sinne einer Talentschmiede für begabte Kinder anbietet.

Das Ganztagsangebot kann für Leistungsstarke wie Leistungsschwache aber nur dann die notwendige Wirkung entfalten, wenn die Schülerinnen und Schüler fest angemeldet sind und an allen Elementen vollumfänglich teilnehmen. Das können alle Schülerinnen und Schüler einer Schule sein (was der bisherigen verbindlichen Ganztagschule entspricht), das können aber auch ein einzelner Zug oder mehrere Züge sein (was der bisherigen Wahlform entspricht).

Mit dem Ganztagskonzept nach § 4 a SchG wurden Ganztagsgruppen eingerichtet, die klassen- und jahrgangsübergreifend besetzt werden können und mindestens 25 Schülerinnen und Schüler umfassen. Entsprechend verbringen die Kinder nicht den gesamten Tag in einer Bezugsgruppe, sondern wechseln häufig im Anschluss an das schulische Kernangebot in andere Konstellationen. Das steht dem Anspruch einer umfassenden Rhythmisierung entgegen.

5. ob ihr die Bertelsmann-Studie zur Ganztagschule bekannt ist und welche Ziele darin die Eltern mit der Ganztagschule verbinden und ob sichergestellt ist, dass diese Erwartungen erfüllt werden;

Die Bertelsmann-Studie „Wie Eltern den Ganztag sehen: Erwartungen, Erfahrungen, Wünsche“ aus dem Jahr 2016 ist der Landesregierung bekannt und wurde hinsichtlich der aktuellen Anforderungen an Ganztagschule in den Blick genommen.

Insgesamt bescheinigen die Eltern den Ganztagschulen entsprechend dieser Studie gute Arbeit und zeigen sich mit dem Lernangebot, mit der sozialen Entwicklung ihrer Kinder und mit den räumlichen Voraussetzungen zufrieden.

Die Bertelsmann-Studie versucht, die unterschiedliche Interessenlage und die verschiedenen Ansprüche der Eltern an Ganztagschule abzubilden. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Eltern, deren Kinder ein verbindliches Ganztagsangebot besuchen, eher Erfolge ihrer Kinder durch die gezielte Förderung im Ganztag sehen. Allerdings ist grundsätzlich anzumerken, dass die Bertelsmann-Studie zur Ganztagschule auf eine landesspezifische Auswertung verzichtet. Auch fanden Unterschiede zwischen den städtischen und ländlichen Regionen, beispielsweise in den Familien-, Ehrenamts- und Vereinsstrukturen, ebenfalls keinen Eingang in die Studie. Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass aus der Bertelsmann-Studie keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die Verhältnisse im Land getroffen werden können. Die Ergebnisse beziehen sich auf Deutschland insgesamt und lassen keine unmittelbaren Ableitungen auf die baden-württembergische Situation zu.

6. wie sie die pädagogische Qualität der kommunalen Betreuungsangebote im Vergleich mit der Ganztagschule nach § 4 a des Schulgesetzes bewertet;

In der „Schule mit flexiblem Betreuungsangebot“ wird die Betreuung durch die Kommunen verantwortet. Die beiden Ganztagsgipfel haben gezeigt, dass diese Angebote sehr nachgefragt sind.

Die „rhythmisierte Ganztagschule“ und eine „Schule mit flexiblem Betreuungsangebot“ unterscheiden sich inhaltlich deutlich voneinander. Sie haben beide eine jeweils andere Funktion: Der Schwerpunkt der „rhythmisierten Ganztagschule“ liegt auf ein stimmiges pädagogisches Unterrichtskonzept, während hingegen die „Schule mit flexiblem Betreuungsangebot“ vorrangig auf den Betreuungsbedarf der Eltern zielt. Die beiden Angebote dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es kommt darauf an, ob seitens der Eltern ein ganzheitliches pädagogisches Lernangebot oder ein flexibles und den persönlichen Bedarfen angepasstes Betreuungsangebot gewünscht ist.

7. wie sie die im Koalitionsvertrag vereinbarte Bezuschussung von Neuangeboten bei der Betreuung umsetzen will, auch im Hinblick auf die Qualität der bezuschussten Neuangebote;

Diese Thematik ist Gegenstand der anstehenden Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden.

8. welche Maßnahmen geplant sind, um eine stärkere Einbindung von außerschulischen Partnern bei der Gestaltung des Schulalltags einer rhythmisierten Ganztagschule zu ermöglichen und wie sichergestellt wird, dass die dort eingesetzten Personen für die pädagogische Arbeit an Schulen geeignet sind.

Der Einsatz außerschulischer Partner stellt eine wichtige Bereicherung im Ganztagsangebot dar. Über die außerschulischen Partner ergibt sich die Möglichkeit, bedarfsgerecht Angebote sowie Expertise von außen in die Schule zu holen und so die Schule vor Ort auch zu öffnen.

An der bisherigen Regelung im Rahmen des § 4 a SchG, die außerschulischen Partner in den Ganztagsbetrieb einzubinden und diese über die Monetarisierung zu entlohnen, soll auch weiterhin festgehalten werden. Dabei können die Schulen bis zu 50 Prozent ihrer zusätzlichen Lehrerwochenstunden für den Ganztagsbetrieb monetarisieren. Eine monetarisierte Lehrerwochenstunde entspricht dabei einem Gegenwert von 1.800 Euro. Im laufenden Schuljahr 2017/2018 werden 2.787 Lehrerwochenstunden monetarisiert, das entspricht einem Anteil von ca. 16 Prozent der gesamten Lehrerwochenstunden, die für die Ganztagschulen nach § 4 a SchG bereitgestellt werden. Der Anteil erscheint durchaus noch ausbaufähig. Ausschlaggebend für den Einsatz der außerschulischen Partner an den Schulen bleibt allerdings alleiniger Bedarf der jeweiligen Schule.

Im Zuge der „Kooperationsoffensive Ganztagschule“ zwischen dem Land Baden-Württemberg und den außerschulischen Partnern wurde die Rahmenvereinbarung bislang von 57 Partnern unterzeichnet. Zudem wurden Einzelvereinbarungen des Landes Baden-Württemberg mit dem Landessportverband, dem Landesverband der Musikschulen, den Kirchen und dem Landesverband der Kunstschulen geschlossen.

Die in diesem Kontext vorgesehenen Kooperationsvereinbarungen sollen auch weiterhin Voraussetzung für den Einsatz der außerschulischen Partner im Ganztagsbetrieb sein. Die dafür eingesetzten Mustervereinbarungen sollen im Zuge der anstehenden Prozesse jedoch in den Blick genommen und dort, wo es erforderlich ist, überarbeitet werden. Dieses soll unter Einbindung der kommunalen Landesverbände und der außerschulischen Partner geschehen.

Auch im Aufwuchs der Ganztagschule in der Sekundarstufe I soll der Einsatz außerschulischer Partner vorgesehen werden. Die Modalitäten dazu stehen allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Seitens der außerschulischen Partner und auch seitens der Schulen und Kommunen wurde – auch im Rahmen der beiden Ganztagsgipfel im November 2016 und im Mai 2017 – vielfach eine Vereinfachung der derzeit komplexen Modalitäten zur Abrechnung gefordert. Möglichkeiten dazu werden im Rahmen der Weiterentwicklung der Ganztagschule aktuell sondiert und geprüft.

Dr. Eisenmann
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport